

Kaschmir im Notstand

Folgen einer gewaltsamen Aneignung

Ram Puniyani

Ein Teil der indischen Gesellschaft feiert die Aberkennung von Kaschmirs Sonderstatus und die Beseitigung des entsprechenden Verfassungsartikels 370. Am Dienstag, dem 5. August hatte Indiens Präsident per Verfügung Artikel 370 zusammen mit Artikel 35 A einseitig widerrufen. Kaschmirs Bürger/-innen sind konsterniert und sorgen sich erheblich um ihre Zukunft. Das Vorgehen der indischen Zentralregierung wurde auch in anderen Teilen der Welt als äußerst fragwürdig erachtet. Der Autor zeichnet die absehbaren Folgen für ganz Indien nach.

Die Aktion erfolgte unter größter Geheimhaltung und unter dem Vorwand, ein Terroranschlag stehe bevor. Der militärische Einsatz Indiens war enorm, die Kommunikation in Kaschmir fast völlig eingeschränkt. Alle wichtigen politischen Repräsentant(inn)en Kaschmirs wurden inhaftiert oder anderweitig von der Kommunikation mit dem Rest der lokalen Bevölkerung abgeschnitten. Was in den ersten Tagen rundum sichtbar war, waren die leeren Straßen und die starke Präsenz von Streitkräften überall. Die Menschen in Kaschmir und deren Verwandte außerhalb wissen nicht, was auf sie zukommt. Ein unterschwelliges Gefühl von Panik herrscht vor.

Rechtliche Vorbehalte

Artikel 370 der Verfassung hatte bislang dem indischen Teil Kaschmirs eine weitgehende Autonomie gewährt; unter anderem eine eigene Verfassung, eine eigene Flagge, einen eigenen Premierminister und andere Kompetenzen der Autonomie, mit Ausnahme Finanz-, Außen- und Verteidigungspolitik. In Zusammenhang mit Artikel 35a der indischen Verfassung war Landerwerb für diejenigen nicht möglich, die in Kaschmir nicht alteingesessen waren.

Durch eine Präsidialverordnung wurden Artikel 370 und Artikel 35A aufgehoben. Zum ersten Mal in der Geschichte des unabhängigen Indiens wurde ein autonomer Bundesstaat zu einem von der Union verwalteten Territorium degradiert. Jurist(inn)en werfen die Frage auf, ob Artikel 370 in der Weise abgeschafft werden kann, wie geschehen. Für jede wesentliche Änderung des Artikels 370 müsste gemäß Artikel 3 der indischen Verfassung, und die Abschaffung des Sonderstatus ist eine gravierende Änderung, ein Konsultationsprozess mit der gesetzgebenden Institution des Bundesstaates stattgefunden haben. Dies ist nicht geschehen. Juristisch ist das Vorgehen der Zentralregierung nicht abgeschlossen, eine Klage vor dem *Supreme Court* anhängig. Der Oberste Gerichtshof wird bei der Entscheidung über das endgültige Schicksal der Verfassungsartikel und des Status von Kaschmir von größter Bedeutung sein.

Politisch legte die gegenwärtige Regierung eine entwaffnende Eile an den Tag, die *Hindutva*-Agenda auf einen aktuellen Stand zu bringen. Die Zentralregierung kann, soweit die Umstände absehbar so bleiben, über die von ihr eingesetzten Gouverneure für die sogenannten Unions-

territorien unmittelbar dort regieren. Demokratische Prozesse werden so untergraben.

Zum Hintergrund

Als Indien unabhängig wurde, erhielten die damaligen Fürstenstaaten die Möglichkeit, entweder unabhängig zu bleiben oder mit Indien oder Pakistan zu fusionieren. Die meisten Fürstenstaaten fusionierten mit Indien. Ein Problem erwuchs aus der unübersichtlichen Situation in den Fürstenstaaten Junagadh, Hyderabad und Kaschmir. Junagadh wurde mit Indien fusioniert, eine später durchgeführte Volksabstimmung bestätigte die Fusion mit Indien. Hyderabad, mit muslimischem König und hinduistischer Mehrheitsbevölkerung, wollte unabhängig bleiben oder mit Pakistan fusionieren. Durch Maßnahmen des Militärs wurde es jedoch mit Indien verschmolzen. In Sachen Kaschmir war der König ein Hindu, Raja Harisingh, die Mehrheit der Bevölkerung jedoch muslimisch. Auch Harisingh wollte unabhängig bleiben.

In dieser Situation zettelte die pakistanische Armee einen Angriff durch lokale Stammesgesellschaften an. Angesichts des Angriffs wandte sich Harisingh an Indien, um die pakistanische Aggression abzuwehren.

Kaschmir war zu dieser Zeit unabhängig, so dass Indien nicht einfach seine Armee entsenden konnte. Damit die indische Armee die Bekämpfung der pakistanischen Aggression unterstützen konnte, wurde ein Beitrittsvertrag ausgehandelt. Dieser Vertrag beinhaltete den Beitritt, nicht die Fusion von Kaschmir mit Indien. Gemäß Vertrag wurde Kaschmir Teil Indiens mit autonomem Status. Dieser Beitrittsvertrag wurde die Grundlage für Artikel 370. Der Artikel 35A gewährte Kaschmir weiterhin Schutz und verbot den Verkauf von Land an nicht in Kaschmir ansässige Personen. In vielen Bergstaaten wie Himachal Pradesh und Nagaland gibt es übrigens ähnliche Bestimmungen. Unter diesen Bedingungen trat Kaschmir Indien bei. Indien schickte seine Armee und schlug auf zwei Dritteln des Territoriums von Kaschmir die Aggression zurück.

Um einen direkten Krieg und den voraussichtlichen Tod vieler Zivilisten zu verhindern, wurde das Feuer eingestellt und die Angelegenheit den Vereinten Nationen vorgelegt. Die Resolution der Vereinten Nationen zu diesem Thema forderte eine Aussetzung der Aggression durch Pakistan, eine Verringerung der indischen Armeekräfte und die Durchführung einer Volksabstimmung unter Aufsicht der Vereinten Nationen. Dadurch sollte Kaschmir die Möglichkeit gegeben werden, entweder gänzlich unabhängig zu bleiben oder mit Pakistan oder Indien zu fusionieren. Pakistan wurde von den USA unterstützt und weigerte sich, die Aggression zu beenden. Die Umsetzung der Resolution kam zum Erliegen, eine Volksabstimmung konnte nicht stattfinden. Der Begriff *Line of Actual Control* bezeichnete den Grenzverlauf, entlang dessen Indien und Pakistan Kontrolle ausübten.

Die *Hindutva*-Agenda

Wie wird die Entwicklung Kaschmirs weitergehen können? Kann hy-

pothetisch ein wirtschaftlicher Aufschwung und sozialer Wohlstand erwartet werden? Wer erwirbt Land für Investitionen, wenn absehbar militante Gruppierungen dagegen vorgehen? Modis Wirtschaftspolitik in Indien hat nicht gegriffen, Beschäftigungsprogramme zeigten keine durchschlagenden Ergebnisse, die Arbeitslosigkeit hat sich erhöht. Welche Entwicklung also soll ins Kaschmirtal gebracht werden, außer, dass nicht eingesessene Hindu-Angehörige Land erwerben könnten? Was im Übrigen die Frage des Exodus der *Kashmiri-Pandits* betrifft, das sind Brahmanen der *Saraswat*-Gemeinschaft, so verließen sie Kaschmir unter Gouverneur Jagmohan, der später zur BJP wechselte. Der Vorwand der BJP-Regierung, sie habe den Status von Kaschmir nicht zuletzt wegen der Diskriminierung der *Kashmiri-Pandits* verändert, trifft also zumindest nicht den historischen Verlauf.

Scheich Abdullah, der Löwe von Kaschmir, hatte großes Vertrauen in den indischen Säkularismus. Durch die Ermordung Gandhis und die Forderung der Hindu-Nationalisten, Kaschmir vollständig mit Indien zu fusionieren, war er bis ins Mark erschüttert. Er nahm Gespräche mit den USA, China und Pakistan auf. Die indische Regierung erachtete dies als Verrat und inhaftierte Scheich Abdullah. Dies war der Wendepunkt für Kaschmir und seine Bevölkerung. Hatten sich die Menschen auf eine Existenz als autonomer Teil Indiens eingestellt, wurden sie darin erschüttert. Ein Prozess der Entfremdung begann, die Idee des Separatismus griff Platz, später durch Pakistan und Elementen vom Typ *Al Qaida* instrumentell unterstützt. Die indische Seite erhöhte die Präsenz des Militärs, das zivile Leben geriet ins Kreuzfeuer, soziales Leben wurde eine Komponente militärischer Strategie. Die Gewalttaten nahmen regelmäßig zu, wenn sich ein Dialogprozess abzeichnete. Dies

allein auf die Unterstützung durch Pakistan zurückzuführen, ist kurz-sichtig.

Das demokratische Ethos wurde angegriffen, das Empfinden der Menschen in Kaschmir unter den Teppich gekehrt. Wie die Menschen in Kaschmir reagieren, wird man sehen. Derzeit herrscht unter den Menschen dort ein großes Gefühl der Unsicherheit. Auch die Reaktionen von Pakistan und China sind nicht freundlich. Indien sollte in Frieden und auf der Grundlage guter Beziehungen mit seinen Nachbarn leben. Ebenso wird der Integrationsprozess etwa für die *Kashmiri-Pandits* realiter nur auf der Basis gegenseitigen Dialogs erfolgreich sein. Der Lackmustest dieser einseitigen Entscheidung der indischen Zentralregierung vom August 2019 steht noch aus.

*Aus dem Englischen übersetzt
und bearbeitet von Theodor Rathgeber*

Zum Autor



Ram Puniyani war Professor für Bio-Engineering am *Indian Institute of Technology (IIT)* in Mumbai. Er engagiert sich bis heute für soziale Fragen und die Aufrecht-

erhaltung eines demokratischen und säkularen Ethos.

Texthinweis

Der Text erschien am 11. August 2019 im englischen Original unter dem Titel *Kashmir: Abolition of Article 370: Implications in India* auf der Internetplattform <https://countercurrents.org>.